

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 2.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf.
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.
Geschäftsinserate pro Spalte, Zeile oder deren
Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 21. Januar 1905.

Berlag:
A. Bohrberg, Hannover, Burgstraße 9.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Burgstraße 9, I.
Druck von Dörnte & Söber, Hannover.

14. Jahrg.

Das Verbandsbureau befindet sich
Burgstraße 9, 1. Etage links.

An die Bevollmächtigten und Vertrauensleute!

Die Umwechslung der Bücher empfehlen wir den Kollegen und Kolleginnen in der Weise vorzunehmen, daß die Hilfskassierer die Bücher, in denen für das Jahr 1904 der Beitrag quittiert ist, einsammeln und die neu ausgestellten Bücher beim nächsten Einkassieren der Beiträge an die Mitglieder abgeben. Beim Ausstellen der neuen Bücher wolle man sorgfältig die bisher geklebten Marken zählen und die Zahl auf der dritten Seite des Buches unter der Ueberschrift „Auszufüllen bei zu erscheinenden Büchern“ eintragen. Ebenso muß die Summe des zuletzt erhaltenen Umzugsgeldes und des Reisegebührens unter Angabe des Datums und die Zahl der seitdem entrichteten Beiträge eingetragen werden.

Kollegen, die in ihrem Buche den letzten Wochenbeitrag im Dezember 1904 beglichen haben, erhalten ein neues Quittungsbuch unentgeltlich.

Die vollgesteuerten und ausgewechselten Bücher sind nicht einzusenden, wohl aber die mit den neuen Büchern gesandten auszufüllenden Zettel, welche für ein erhaltenes Buch gutgerechnet werden. Dagegen sind die alten unverkauften Bücher einzusenden.

Nach dem 1. Januar sind nur neue Bücher an eintretende Kollegen auszuhändigen.

Wir können die benötigten Bücher nicht alle auf einmal den Zahlstellen zusenden, sondern nur einen Teil, unaufgefordert senden wir die fehlenden Bücher partienweise nach. Die Kollegen, die ihre Bücher noch nicht erhalten konnten, müssen sich einige Zeit gedulden. Eine Unterbrechung in der Beitragsleistung braucht dadurch nicht zu entstehen. Die Kollegen können wohl die Marken von 2 oder 3 Wochen sich aufbewahren und nach Empfang des Buches einkleben.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Der Arbeitsnachweis — eine Waffe im wirtschaftlichen Kampfe.

Von Brutus.

Ueber die Bedeutung des Arbeitsnachweises im wirtschaftlichen Leben gehen die Ansichten weit auseinander. Während die einen darin lediglich eine Einrichtung sehen, die Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft zusammenzubringen, damit sie ohne allzu große Unkosten ihren Handel abschließen können, erblicken andere darin eine nicht zu unterschätzende Waffe im wirtschaftlichen Kampfe. Es ist offenbar kein Zufall, sondern scharfe Berechnung, daß der Arbeitgeberverband seine erste und wichtigste Aufgabe darin fand, die bisherigen gewerkschaftlichen und städtischen Arbeitsnachweise zu zerstören und die Arbeitsvermittlung selbst in die Hand zu nehmen. Der Verband der Scharfmacher, der gar kein Hehl daraus macht, daß er eine Kampforganisation ist gegen die „unberechtigten Ansprüche und Anmaßungen der Arbeiter“, betrachtet offenbar den Arbeitsnachweis als ein Kampfmittel, das ihm die Möglichkeit bieten soll, den Arbeiterorganisationen Wunden zu schlagen. Sei es, daß das Kapitalprozentum allen denjenigen Arbeitern, die im Interesse ihrer Kollegen tätig gewesen sind, mit Hilfe des Arbeitsnachweises die Arbeitsgelegenheit sperren will, sei es, daß die Unternehmer das Streben der Arbeiter, mit Hilfe ihres Arbeitsnachweises geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, vereiteln wollen, immer tritt die Bedeutung des Arbeitsnachweises als Waffe im wirtschaftlichen Kampfe deutlich hervor. Daher beobachten wir auch, daß bei vielen Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern der Nachweis die Streitfrage ist. „Es ist jetzt klar zutage getreten“, so schrieb das „Hamburger Echo“ während des großen Streiks der Brauereiarbeiter, „daß der Kampf sich um den Arbeitsnachweis dreht. Die Brauereien beanspruchen den Arbeitsnachweis, der sich bisher in den Händen der Brauereiarbeiter befand, ganz allein für sich, während die Ar-

beiter so viel Entgegenkommen zeigen, daß sie einem paritätischen Arbeitsnachweis zustimmen wollen.“

Der ausgesprochene Zweck der Scharfmacherarbeitsnachweise ist die Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisationen. Den Arbeitern soll der Rückhalt, den sie an ihrer Organisation haben, geraubt werden, um sie dann um so leichter unterdrücken und zu willenslosen Sklaven des Unternehmertums machen zu können. Diesen Bestrebungen muß die Gesamtarbeiterschaft einmütig entgegenreten. Es ist dies nur ein Beispiel von vielen, das uns zeigt, wach großen Wert das Unternehmertum auf den Besitz des Arbeitsnachweises legt. Dies gibt entschieden zu denken.

Leider ist in den Kreisen der organisierten Arbeiter die Ueberzeugung von der Bedeutung des Arbeitsnachweises in sozialer Beziehung noch nicht sonderlich verbreitet. Die meisten Arbeiter und Arbeiterzeitungen betrachten den Arbeitsnachweis lediglich als ein Mittel, den Verkehr zwischen denen, die Arbeit suchen, und denen, die Arbeit zu vergeben haben, zu regeln. „Der Arbeitsnachweis“, so meinte das „Echo“ in dem erwähnten Artikel, „darf nicht ein Kampfmittel sein, er soll lediglich dem Zweck der Arbeitsvermittlung dienen.“ Die Scharfmacher aber und mit ihnen der Brauereiering wollen ihn als Unterdrückungsmittel gegenüber den Arbeitern in Anwendung bringen, ihn also seinem ordnungsgemäßen Zweck entziehen. Die Arbeitgeber wenden ein, der Arbeitsnachweis gehöre dem, der Arbeit zu vergeben hat. Das ist eine rein willkürliche Behauptung. Die Arbeitskraft ist eine Ware. Der Verkäufer der Ware ist der Arbeiter, der seine Arbeitskraft auf den Markt bringt. Nun ist es allgemein üblich im wirtschaftlichen Leben, daß der Verkäufer einer Ware deren Vertrieb regelt. Danach gehörte den Arbeitern als Verkäufern der Ware Arbeitskraft der Arbeitsnachweis, nicht den Käufern der Ware der Arbeitskraft, den Arbeitgebern. Aber so wie im Wirtschaftsleben sich Stätten gebildet haben, auf denen sich Käufer und Verkäufer zum Abschluß von Kaufverträgen zusammenfinden, und an deren Verwaltung beide Interessen beteiligt sind — wir erinnern nur an die Börse — so bietet auch auf dem Arbeitsmarkte der paritätische Arbeitsnachweis eine solche Stätte gemeinsamen Zusammenwirkens beider in Frage kommenden Interessen, der Arbeiter und der Arbeitgeber. Dies ist die landläufige Ansicht und entspricht dem, was auch bürgerliche Sozialpolitiker darüber denken. Letztere erwarten von den paritätischen Arbeitsnachweisen ein Verschwinden der Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern, weil in ihnen ein gemeinsames höheres Interesse zum Durchbruch kommt. „Der paritätische Arbeitsnachweis“, so schwärmen die bürgerlichen Ideologen, „ist ein jener Mittel, die Schroffheit der scheinbar unausgleichbaren Gegensätze des Wirtschaftslebens in einer höheren Einsicht zu versöhnen und dadurch eine Harmonie der nur scheinbar entgegengesetzten Interessen herbeizuführen.“

Daß die Schwärmerei der bürgerlichen Sozialpolitiker vor der rauhen Wirklichkeit des Wirtschaftslebens verfliegt wie Dampf im Winde, weiß jeder Kenner der paritätischen Arbeitsvermittlung, daß aber auch die vielfach in Arbeiterkreisen vertretene Ansicht über das Wirken paritätischer Arbeitsnachweise weder vor der Wissenschaft, noch vor der Erfahrung Stand hält, soll nunmehr nachgewiesen werden.

Der Fundamentalirrtum, von dem beide Richtungen ausgehen, ist die Meinung, daß die Arbeitskraft eine Ware sei wie jede andere und daß sie deshalb nach denselben Bedingungen und unter denselben Verhältnissen gehandelt werden könne oder gar müsse, wie etwa Kaffee oder Baumwolle oder Petroleum. Die Arbeitskraft, wenn man sie überhaupt eine Ware nennen will, unterscheidet sich von jeder anderen Ware dadurch, daß sie mit dem Körper, der Person, der Besitzlichkeit des Besitzers untrennbar verbunden ist. Sie ist im Grunde genommen weiter nichts, als eine Fähigkeit des Arbeiters, irgend eine Arbeit verrichten zu können; das Recht, diese Fähigkeit längere oder kürzere Zeit hindurch benutzen zu dürfen, überträgt der Arbeiter im Arbeitsvertrage dem Unternehmer. Höchstens könnte man also von einer Vermietung oder Ver-

leihung der Arbeitskraft sprechen, wobei man nicht vergessen darf, daß ein Verleihvertrag etwas anderes ist, als ein Kaufvertrag. Der Arbeitsmarkt, auf dem die Arbeitskraft gehandelt wird, hat mit einem Warenmarkte, auf dem die Waren immer von einer Hand in die andere gehen, kaum mehr als den Namen gemein. Aber selbst wenn man, nach Art der bürgerlichen Nationalökonomien, die Arbeitskraft als eine Ware schlechthin betrachten wollte, so ergibt sich sofort wieder ein anderer Unterschied. Der Arbeiter kann seine Arbeitskraft nicht einfach aufspeichern, um eine günstige Zeit abzuwarten, wie es bei jeder anderen beliebigen Ware der Fall ist, er muß sie tagtäglich verkaufen können, weil er andernfalls existenzlos da steht; sie ist sein einziges wirtschaftliches Gut, auf dessen Ausnutzung er tagtäglich angewiesen ist, wenn er sich seinen Lebensunterhalt erwerben will. Hierdurch geht die vielgerühmte Gleichheit zwischen Kaufen und Verkaufen, die eine notwendige Voraussetzung des Warenmarktes ist, elendiglich in die Brüche. Jeder andere Warenverkäufer kann mit seiner Ware so lange zurückhalten, bis er infolge einer günstigen Konjunktur höhere Preise erzielen kann, der Arbeiter aber muß zugreifen und seine Arbeitskraft zu jedem Preise verschleudern, falls nicht Einrichtungen vorhanden sind, die ihn gegen diese Notwendigkeit schützen.

Schon aus diesen beiden Gründen allein müßte man es als höchst ungereimt bezeichnen, eine „Arbeitsbörse“ mit einer Kaffee-, Baumwollen- oder Petroleum-Börse in Vergleich setzen zu wollen. Sie hat ganz andere Funktionen zu erfüllen als jene. Und hier kommen wir zum Kernpunkt der Sache. Während der Preis jeder anderen Ware, die an die Börse kommt, durch Angebot und Nachfrage reguliert resp. bestimmt wird, ist in der Wert- respektive Preisbestimmung der Ware Arbeitskraft ein kulturelles Moment enthalten. „Die natürlichen Bedürfnisse des Arbeiters“, sagt Marx, „sind verschieden je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang der notwendigen Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes und auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen und mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element.“ Dieses kulturelle Moment, wie wir es genannt haben, ist auch noch heute wirksam. Die Höhe des Arbeitslohnes wird auch mitbestimmt durch die Kulturhöhe, welche die Arbeiterklasse eines Landes erreicht hat.

Hier tritt, allen Harmonie-Gesängen zum Trotz, der Interessengegensatz zwischen Käufern und Verkäufern der Ware Arbeitskraft deutlich in die Erscheinung. Die Unternehmer betrachten den Arbeitsnachweis — abgesehen davon, daß er ein Abregelungsbureau sein soll — als eine Börse, wo stets eine möglichst große Auswahl von Arbeitskräften am Markt ist, aus denen sie sich die besten und billigsten herausuchen können; sie erblicken darin einen Markt, auf dem die Preise lediglich nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage reguliert werden. Die denkenden Arbeiter stellen ganz andere, weitreichende Forderungen an einen Arbeitsnachweis; sie betrachten ihn nicht lediglich als eine Vermittlungsanstalt, sondern auch als eine Einrichtung, die das rein mechanische Gesetz von Angebot und Nachfrage durchbrechen und die Aufgabe erfüllen soll, den Preis der Ware Arbeitskraft, den Lohn, auf einer angemessenen, den kulturellen Bedürfnissen des Arbeiters entsprechenden Höhe zu halten oder ihn auf diese Höhe hinaufzubringen. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften ein lebhaftes Interesse daran, den Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen und ihn mit gewerkschaftlichem Geiste zu erfüllen, ganz abgesehen davon, daß es auch in ihrem Interesse liegt, in erster Linie ihre Mitglieder in Arbeitsstellen zu bringen, um sie vor Entbehrungen zu schützen, und andererseits die Gewerkschaftskasse mit der Unterstützung der Arbeitslosen nicht allzusehr zu belasten.

Betrachtet man den Arbeitsnachweis von diesem Standpunkte aus, so erscheint es ganz erklärlich, daß die Unternehmer nicht nur Gegner eines gewerkschaftlichen, sondern auch eines wirklich paritätischen Arbeits-

nachweisend sind. Sie wittern die soziale Bedeutung einer nach arbeiterfreundlichen Gesichtspunkten geleiteten Arbeitsvermittlung und versuchen deshalb, letztere direkt oder indirekt in ihre Hände zu bekommen. Und es ist ihnen gelungen, die städtischen und paritätischen Arbeitsnachweise fast ausnahmslos ihren Interessen dienstbar zu machen. Umgekehrt erklärt sich auch die Gegenströmung seitens der Gewerkschaften, die sich darin äußert, daß man entweder eigene gewerkschaftliche Nachweise ins Leben ruft, oder daß man auf die paritätischen Arbeitsnachweise mehr Einfluß als bisher zu gewinnen sucht. Die Gewerkschaften haben tatsächlich keine Veranlassung, auf ihre eigenen Arbeitsnachweise zu verzichten, im Gegenteil müssen sie sich solche erobern und die vorhandenen ausbauen. Ganz abgesehen davon, daß ein gut funktionierender Arbeitsnachweis ein wichtiges Moment zur Hebung und Kräftigung einer Gewerkschaft ist, dürfen die Gewerkschaften nie vergessen, daß der Arbeitsnachweis den Zweck verfolgen soll, die Arbeitsbedingungen fortwährend zu verbessern. Sie müssen die Arbeitsvermittlung ihres rein mechanischen Charakters entkleiden und sie zu einer Waffe im Emanzipationskampfe des Proletariats machen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Wirtschaftsjahr 1904. — Langsamkeit der Wiedergeburt. — Fortschreitende kapitalistische Verbandsbildung. — Die typische Entwicklung der deutschen Eisenproduktion seit 1890.

Das deutsche Wirtschaftsjahr 1904 findet in den zahlreichen Jahrsrückblicken und Fachberichten im allgemeinen eine gleichartige Kennzeichnung: es war zwar nichts von einer stürmischen, alles mit fortwährender Auswärtsbewegung zu spüren, jedoch hat sich die merkbare Besserung, die den schweren Störungen der Jahre 1900 und 1901 folgte, weiter erhalten und auf den meisten Gebieten noch gesteigert. Dieser Grundlag ist nur vorübergehend zurückgetreten oder zeitweise sogar in sein Gegenteil umgeschlagen; so begann das Jahr mit einer internationalen Bärenpanik, weil die Vorperiode und die Eröffnung des ostasiatischen Krieges auch für den europäischen Frieden und für Milliarden von Staatskreditwerten kritische Tage anzukündigen schienen. Ferner sind durchaus nicht alle Produktionsgebiete in gleicher Weise an Sonnenschein und Schatten beteiligt. Unter dem Durchschnitt stand in letzter Zeit der Eisenmarkt, während der ganzen Jahres noch immer der Schwäbische, die infolge des trockenen Wetters vollständig fällende Binnenwirtschaft und im großen und ganzen die Schiffahrt überhaupt, weiter noch ein großer Teil der Landwirtschaft, die mit einem starken Defizit an Futtermitteln und Viehdarfen zu rechnen hat. Ueber das durchschnittliche Niveau hob sich jedoch vor allem die elektrische Industrie, der fast alle technischen Neuerungen und Umgestaltungen des allgemeinen Produktionsapparates unmittelbar oder mittelbar zustanden kommen. Die Baugewerbe, in erster Linie der großen städtischen Zentren, blieben gleichfalls auf eine lebhaftere Tätigkeit zurück; die produktiven Anlagen und Erweiterungen, die Wohnungsbauten in den Innenstädten haben sich hier ebenfalls stark vermehrt — wobei Berlin, die Reichshauptstadt, an der Spitze marschiert. Zusammenfassend finden wir das Bild wieder in der Entwicklung unserer großen Bankzentrale, der deutschen Reichsbank: die Jahresrechnung der Bank zeigt die Belebung der Unternehmungskraft und des Warenverkehrs, während das Anziehen der Diskontsatzrate Zeugnis davon ablegt, daß die Bankleitung den Handel durchaus nicht so wolklos sieht, wie die Optimisten, die bei jeder Besserung gleich wieder von einer neuen Welle glänzenden Aufschwunges jubeln.

Als zweites Kennzeichen des verflochtenen Jahres darf man die fortgesetzte Ausbreitung der kapitalistischen Verbände nennen. Von den ablaufenden alten Verbänden ist nur ein einziger von Bedeutung nicht wieder erneuert worden: der Reichsbund der Arbeiter, der sich jedoch auflöst, indes kaum für immer. Somit hat man die alte Form der freien kapitalistischen Konkurrenz immer mehr ausgeschlossen, sei es für bestimmte einzelne geschäftliche Beziehungen, sei es für den ganzen Umkreis der bisherigen geschäftlichen Beziehungen eines selbständigen Unternehmens. Mit Vereinbarungen für gewisse Spezialzwecke hängt es an, mit vollständiger Auffassung und Berücksichtigung hört es auf. Die „Konzentration“ ist auf allen Gebieten im Gange. So brachte das Jahr 1904 für die Montanindustrie den deutschen Stahlwerksverband, mit dem Sitz in Düsseldorf, aber auch den alle Produkte umschließenden Verband der ober-schleischen Eisenerze, die Erneuerung des Kaiserlich-Preussischen Bergbau- und Hüttenwesens, zum Teil auch mit den weiter sich anschließenden Unternehmungen, bis hinab zu den letzten Einrichtungen des Land- und Wassertransportes. Im Februar erfolgte auch im Osten die Betriebsgemeinschaft zwischen der Aktien-Gesellschaft Oberschlesische Eisenindustrie und der Bismarckhütte, im Juni kam im Westen die Vereinigung der Altmetallwerke zusammen, die mit der großen Dortmunder Bergbau-Gesellschaft im August die noch viel ausgeheheltere Hüttenwerke Bergwerks-Gesellschaft — Schacht — Rastener Hüttenverein in Höhe, im September fusionierten sich die Gesellschaft Friedländer Hüttenwerke und die Deutsch-Bayerische Bergwerks- und Hüttenwerke-Gesellschaft, im Dezember machte abermals Schlesien den Beschluß durch die Vereinigung der Hüttenwerke mit der Oberschleischen Eisenindustrie-Gesellschaft. Das wiederholte sich, bald abgeändert, bald ähnlich, auf immer neuen Produktions-, Handels- und Verkehrsgebieten, bei den chemischen Fabriken, im Zementgewerbe, bei den Spritzfabriken — am ausgeprägtesten wiederum im Bauwesen, wobei der Reichsbund der Arbeiter, deren größte Verbindungen (Montan- und allgemeine Arbeiter-Gesellschaft, Schacht und Zement u. a.) seit dem Jahre 1903 erfolgten. Der Bergbauverband der „Berg-Bund“ findet die Bewirtung der Bergbauunternehmen im deutschen Bauwesen nicht mit Unrecht „größten Phänomenal“ — im Lande wogte sich der Konzentrationstypus unter den Banken viel häufiger. Die erwähnte Stelle verzeichnet in zeitlicher Reihenfolge für 1904 diese Verbindungen und Angliederungen im deutschen Bauwesen: Die Kaiserliche Reichs- und Provinzialbank wird durch die Rheinische Diskontogesellschaft absorbirt, die Rheinische Kreditbank erwirbt die Kredit- und Hypothekbank Zweibrücken und die Oberheinische Bank, der Barmser Bauverein den Dortmunder Bauverein; die Bergische Rheinische Bank übernimmt das Oberfelder Bauvereins Aktienbank und des Paderbornischen Bauvereins zu Paderborn. Die Deutsche Bauvereinsbank vorm. Georgel, Bauverein u. a. geht an die Dresdener Bank über; die Niederheinische Kreditbank und die Westfälische Bank werden mit dem L. Schiffbauverein Bauverein verschmolzen. Die Deutsche Bauvereinsbank schließt sich an der Oberheinischen Spar- und Bauvereinsbank, die Bremer Kreditbank an dem Westfälischen Bau-

verein in Münster; die Darmstädter Bank absorbiert die Firma Rob. Warthmann u. Co., sie tritt ferner in nähere Beziehungen zur Vereinsbank in Bismarck. Die Allgemeine Deutsche Kreditbank Leipzig erwirbt die Oberlausitzer Bank; die Berliner Bank fusioniert sich mit der Jätscher Volksbank. Die Berliner Bank geht an die Kommerz- und Diskontobank über und endlich — hier sind wir bei den Ereignissen der dritten Dezemberwoche angelangt — die Leipziger Kreditbank kündigt an, daß sie die Vereinsbank in Jätsch übernehme wolle, während gleichzeitig die Norddeutsche Bank die Übernahme des allianzierten Altonaer Bauvereins W. S. Warburg betraut gibt.

Andererseits hat gerade das Jahr 1904 auch den Gegenkräften gegen die monopolistische Wirtschaft der stärksten Verbände und gegen Tarifbildungen neue Nahrung zugeführt. Die Reichsbank über die Kartelle rechnen wir allerdings nicht hierher; sie scheint nach einigen gleichgültigen Lebensänderungen bereits wieder im Sterben zu liegen. Aber der Kampf der Halbzehnprozentigen und Verbraucher gegen die Kohlenförderer ist immer erbitterter geworden. Der Widerstand gegen die Schleuderanfahrpraxis zog immer weitere Kreise. Der Stahlwerksverband, der diese Praxis umzubilden suchte, hat bisher mehr Hoffnungen enttäuscht, wie erfüllt. Das Kohlenyndikat rief schließlich sogar die preussische Staatsverwaltung auf den Plan, wenn auch nur mit einer so verunglückten Maßnahme wie dem Aktienkauf von „Giberna“. Aber selbst der Bericht der Essener Handelskammer, die dem Kohlenyndikat nahesteht, spricht jetzt offen von dem „Konstruktionsfehler“ in der Syndikatsgrundlage, der durch die verschiedene Behandlung und Einschränkung der Güttengen und der reinen Kohlen gegen eine künstliche Konzentrationsbewegung erzeugt. Die allgemeine Säuerung unter den Bergarbeitern Rheinlands-Westfalens wird den Blick für die Reife dieser Entwicklung wahrscheinlich bald noch weiter schärfen.

Vielleicht bringen wir das Wieder und Wiederkommen des kapitalistischen Wirtschaftsganges am besten zur Vorstellung, wenn wir die Kohlen-Produktion, das Rückgrat so vieler und mannigfaltiger Industriezweige, — paar Jahre zurückverfolgen. Das Erzeugnis Deutschlands (und Luxemburgs) betrug hier

	der Menge nach	dem Werte nach
	1000 Tonnen	1000 Mark
a) 1890	4658,5	267 580
1891	4641,3	292 428
1892	4937,5	229 296
1893	4986,0	216 326
1894	5380,0	231 570
1895	5464,5	236 952
1896	6372,6	299 660
1897	6881,5	350 147
b) 1898	7312,8	378 752
1899	8143,1	455 875
1900	8520,5	551 146
1901	7880,1	461 774
c) 1892	8529,9	455 699
1903	10017,9	625 007

Die Produktion von 1904 wird man etwa der von 1903 gleichsetzen dürfen: einige Monate von 1904 stehen höher, dagegen andere, gerade nach dem Jahresabschluss, so niedriger. Die vier Perioden der allgemeinen Wirtschaftskonjunkturen seit 1890 haben sich scharf von einander ab: 1890 bis 1895 die Krise und der Stillstand, 1896 bis 1900 der Wiederaufschwung, zum Teil glänzender Art, dann 1901 und 1902 der Rückschlag und die Depression, seitdem die Wiederholung.

Die Kohlenenerzeugung hat jedoch mit vielen kapitalistischen Industriezweigen das eine gemeinsam: der Menge nach schreitet sie oft selbst in unglücklichen Zeiten fort. So steht in der ersten ersten Hälfte der neunziger Jahre nur das Jahr 1891 unter dem Niveau von 1890, dem letzten guten Jahre; gleich darauf setzt wieder ein, wenn auch langsames, Wachstum ein. Die Krise spiegelt sich daher vorwiegend in den Preisen wieder: die fast 6 1/2 Millionen Tonnen von 1895 bringen noch nicht soviel Erlöse, wie die noch nicht 4 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1890. In der guten Zeit steigen dann Mengen wie Preise, die Preise sogar zuweilen in viel größerer Geschwindigkeit. 1901 ist dann wieder ein illustriertes Jahr des Mengenzuganges, indes steigt bereits 1902 wieder dem Jahre 1900 gleiches; aber bei der gleichen Produktionsmenge bringt es statt 551 Millionen Mark nur 455,7 Millionen Mark. Die letzte Periode ist dann charakterisiert durch zwar rasch anschwellende Produktion, jedoch bei weiterhin gedrückten Preisen. Monate auf dem Gipfel des letzten Aufschwunges die Produktion schwer der Nachfrage genügen, so muß man heute, trotz mancher Besserung gegen 1901/02 durch niedrige Preise Absatz schaffen — für beträchtliche Mengen sogar durch Schleuderpreise. Der Bisher weiß, daß das letzte für einen großen Teil der Zukunft gilt. Seit 1900, dem letzten Prosperitätsjahre, liegt die Ausfuhr rapid; sie betrug an Eisen und Eisenwaren:

	1900	1901	1902	1903
1900	1 548 557 Tonnen			
1901	2 347 211			
1902	3 809 007			
1903	3 481 224			

Für 1904 liegen in der Reichsbank die ersten elf Monate vor; danach wäre zum ersten Male die Rotausfuhr wieder weniger nötig gewesen (Januar bis Ende November 1903 3,2 Millionen Tonnen, 1904 2,5 Millionen Tonnen). Daß es aber nicht ist, war, die entsprechenden Mengen im Inland unterzubringen, bzw. die entsprechenden Rotierungen der Düsseldorf-er Rotenbahn, die sich noch immer auf niedrigem Niveau halten:

1904	I. L.	I. III.	I. IV.	I. VI.	I. XI.	15. XII.
Spiegelglas	67	67	67	67	67	67
Radde - Röhren	56	56	56	56	56	56
Kr. I	66	67,50	67,50	67,50	67,50	67,50
Sieberei - Röhren	67	68	68	68	68	68
Kr. I	57,50	57,75	57,50	57,50	57,70	57,70
Bessmertellen	120	120	121	125	125	125
Thomas - Röhren	108,59	104,50	112	113,50	105,50	108
Einbeisen (Schweiß-eisen)	150	150	155	155	152,50	152,50
Einbeisen (Zug-eisen)						
Reißbleche a. Kupfer						

Auch hier wird also — wir wiederholen jedoch, daß manche Gewerbe günstiger dastehen, wie die Eisenindustrie — das allgemeine Bild der Wirtschaftslage im Jahre 1904 bestätigt: eine gewisse Besserung und Festigung ist unzugänglich; von einem glänzenden, raschen Aufschwung, wie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, ist jedoch nichts zu spüren.

Berlin, 1. Januar 1905. Max Schippel.

Der Kampf zwischen Grubencapital und Arbeit im Ruhrrevier. In Westfalen hat die Profitgier des Unternehmers einen gewaltigen, das ganze wirtschaftliche Getriebe erschütternden Kampf herausbeschworen. Lohnherabsetzungen, Schikanierungen aller Art, denen die Arbeiter ausgesetzt waren, haben bewirkt, daß Tausende von Bergleuten aller Organisationsrichtungen die

„Brocken“ hingeworfen haben und in den Zustand getreten sind. Am Mittwoch schätzte man die Zahl der Streikenden auf 91 000, die sich auf 124 Bezirke verteilten. Eine von den Arbeiter-Organisationen gewählte Kommission hat sich in der Hoffnung, daß es zu Verhandlungen kommen wird, wodurch der jetzigen Bewegung Einhalt getan, der Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt und die gefährliche Erschütterung des ganzen Erwerbslebens verhindert wird, an den Verein für die bergbaulichen Interessen gewandt und ihm die Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Die Forderungen lauten:

1. Achtstündige Schichtzeit, einschließlich Ein- und Ausfahrt, und zwar fürs laufende Jahr wie bisher, jedoch nicht über 9 Stunden, von 1906 ab 8 1/2 und von 1907 ab 8 Stunden.
2. Sechsstündige Schicht (inklusive Ein- und Ausfahrt) vor nassen Orten und heißen mit über 80 Grad Celsius.
3. Sonntags- und Ueberstunden nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen und bei Schachtreparaturen zulässig. Für Schachtreparaturen am Sonntag ist 50 Proz. Zuschlag zu zahlen.
4. Das Wagnen wird sofort beseitigt und die Kohlen, die wirklich sich im Wagen befinden, werden auch bei Berge enthaltenden Wagen bezahlt (demnach darf nur der Prozentsatz der Steine den Arbeitern in Abzug gebracht werden, der sich in dem betreffenden Wagen befindet). Eventuell Bezahlung der Kohle nach Gewicht (wie in England).

- Alle Wagen müssen geübt und der Rauminhalt oder Gewichtsinhalt des Wagens jederzeit leicht ersichtlich sein.
4. Die Belegschaft hat in alljährlich wiederkehrender geheimer Wahl einen Wagenkontrollleur bzw. Wiegemeister zu wählen (§ 80 a Absatz 2 des Berggesetz), welcher seinen Lohn mit von der Zechenverwaltung erhält. Diese verteilt denselben auf alle bei der Förderung beteiligten Grubenleute und bringt ihn bei den letzteren beim Lohnzuge in Abzug.
 5. Der Wagenkontrollleur besitzt alle Rechte der sonstigen Belegschaftsmitglieder und ist auch bei allen Verschönerungen und Kosten seiner Zuge ebenso beteiligt wie alle anderen.
 6. Löhne (Schichtmaterial und Beleuchte darf nicht verrechnet werden):
 - a) Minimallohn für Hauer und Behrhaue im Bedinge 5.— Mk. im Schichtlohn 4,50
 - b) „ „ „ „ „ „ „ „ 3.—
 - c) „ „ „ „ „ „ „ „ 3.—
 - d) „ „ „ „ „ „ „ „ 3.—
 - e) „ „ „ „ „ „ „ „ 3,80
 - f) „ „ „ „ „ „ „ „ 3,80
 - g) „ „ „ „ „ „ „ „ 5.—
 - h) „ „ „ „ „ „ „ „ 1,50
 - i) „ „ „ „ „ „ „ „ 4,50
 - k) „ „ „ „ „ „ „ „ 5.—
 - l) „ „ „ „ „ „ „ „ 3,80
 7. Lohnzahlung dreimal monatlich; Ende des betreffenden Monats erste Abschlagszahlung, 10 Tage später die zweite und spätestens am 20. des folgenden Monats Lohnzug.
 8. Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses zur Vorkommung und Regelung
 - a) aller Beschwerden und Mißstände,
 - b) aller Lohnunterschiede, einschließlich des Bedingelohnes,
 - c) zur Abwehrhaltung der Unterhaltungsklassen, deren Abrechnung alljährlich der Gesamt-Belegschaft durch Ausschuss bekannt zu machen ist. Wenn die Zechenverwaltungen keine Beiträge leisten, haben sie auch in der Unterhaltungsklasse kein Verwaltungsrecht; mehr als die Hälfte Sige dürfen die Verwaltungen bezw. Besitzer nicht haben, selbst wenn sie mehr Beiträge zahlen sollten.
 9. Einführung von Grubenkontrollleuren, die alle zwei Jahre in geheimer Wahl von der Belegschaft aus ihrer Mitte gewählt und von den Zechenbesitzern oder dem Staate bezahlt werden. Der zu Wählende soll mindestens ein Jahr der Belegschaft angehören und 30 Jahre alt sein.
 10. Reform des Knappschafswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisationen.
 11. Gute Deputatslohn zum Selbstkostenpreis an alle verheirateten Arbeiter, ebenso an Invaliden, Witwen und Unverheiratete, welche Eltern oder Geschwister zu ernähren haben (mindestens monatlich einen Wagen).
 12. Beseitigung der vielen und zu harten Strafen.
 13. In den Mietkontrakten der Zechenkolonien ist monatliche Kündigung anzunehmen.
 14. Onmaue Behandlung; Bestrafung und event. Entlassung aller die Arbeiter mißhandelnden und beschimpfenden Beamten.
 15. Keine Maßregelungen, keine Abzüge und Strafen wegen der Bewegung, insbesondere dürfen die Bewohner von Zechenkolonien insolge des jetzigen Streiks nicht gefoltert und ausgebeutet werden.
 16. Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

Der Vorstand des Vereins für bergbauliche Interessen ist auch bereits in Essen zusammengetreten, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen. Er hat die Forderungen abgelehnt. — Die neuesten Meldungen aus dem Streitgebiet lauten: Die Erregung unter den Bergarbeitern hat seit dem letzten Sonntag zugenommen. Mehrere Versammlungen versielen der polizeilichen Auflösung. In Zechenkreisen, sowie von Seiten der Behörden wird mit dem Ausbruch des Generalstreiks gerechnet, nach dessen Verkündigung alsbald das Düsseldorf-Fasilier-Regiment Nr. 39 in das Streitgebiet abdrücken wird; auch von Wesel soll nötigenfalls militärische Hilfe herbeordert werden. Höheren Orts ist angeordnet, daß den Arbeitswilligen weitgehendster Schutz gewährt und daß bei Ausbruch größerer Unruhen gegen die Erzedenen rücksichtslos vorgegangen werde.

Die Bleitruankheit.

Ueber die Zahl der wegen Bleivergiftung in preussischen Heilanstalten behandelten macht das preussische statistische Bureau folgende Angaben:

Die Zahl der wegen Bleivergiftung in den Heilanstalten des preussischen Staates behandelten Personen zeigt in den letzten Jahren eine erhebliche Abnahme, die umso mehr ins Gewicht fällt, als sowohl die Anzahl der in den Heilanstalten überhaupt behandelten wie auch die der in bleigefährlichen Betrieben beschäftigten Personen gestiegen ist; desgleichen ist die Aufmerksamkeit der Ärzte bei dem Auftreten gewisser Krankheitserscheinungen (Wagen-, Kervenbeschwerden) in höherem Grade auf ein hier mögliches Vorkommen von Bleivergiftung

Die neuesten Meldungen aus dem Streitgebiet lauten: Die Erregung unter den Bergarbeitern hat seit dem letzten Sonntag zugenommen. Mehrere Versammlungen versielen der polizeilichen Auflösung. In Zechenkreisen, sowie von Seiten der Behörden wird mit dem Ausbruch des Generalstreiks gerechnet, nach dessen Verkündigung alsbald das Düsseldorf-Fasilier-Regiment Nr. 39 in das Streitgebiet abdrücken wird; auch von Wesel soll nötigenfalls militärische Hilfe herbeordert werden. Höheren Orts ist angeordnet, daß den Arbeitswilligen weitgehendster Schutz gewährt und daß bei Ausbruch größerer Unruhen gegen die Erzedenen rücksichtslos vorgegangen werde.

Die neuesten Meldungen aus dem Streitgebiet lauten: Die Erregung unter den Bergarbeitern hat seit dem letzten Sonntag zugenommen. Mehrere Versammlungen versielen der polizeilichen Auflösung. In Zechenkreisen, sowie von Seiten der Behörden wird mit dem Ausbruch des Generalstreiks gerechnet, nach dessen Verkündigung alsbald das Düsseldorf-Fasilier-Regiment Nr. 39 in das Streitgebiet abdrücken wird; auch von Wesel soll nötigenfalls militärische Hilfe herbeordert werden. Höheren Orts ist angeordnet, daß den Arbeitswilligen weitgehendster Schutz gewährt und daß bei Ausbruch größerer Unruhen gegen die Erzedenen rücksichtslos vorgegangen werde.

gerichtet. Ein klareres Bild über den Umfang der Bleichkrankheiten würde freilich nur dann zu gewinnen sein, wenn die Arbeiter aller in Frage kommenden Betriebe regelmäßig ärztlich untersucht und die Krankenlisten eine genaue Krankheitsart zu führen gehalten wären. Allerdings würden bei dem häufigen Berufswechsel der Arbeiter die gewonnenen Zahlen auch da noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

In Bleivergiftung wurden in den preussischen Heilanstalten 1899 noch 1624 Personen, 1902 dagegen nur 1235 Personen behandelt. Auch die Vorkämpfung der Zahlen nach dem Alter der Erkrankten läßt eine Abnahme erkennen, insbesondere für das arbeitsfähigste Alter von 20 bis 50 Jahren, dem die größte Zahl der Kranken angehört.

Unterscheidet man die hauptsächlichsten, bleigefährlichen Betriebsarten, so ergibt sich folgendes: Unter den Bleikranken männlichen Geschlechts waren:

	1895	1899	1900	1901	1902
I. Arbeiter mit metallischem Blei beschäftigt:					
a) Hülfenarbeiter	200	250	176	186	151
b) Schlosser, Schmiede, Feilenhauer	41	51	50	55	40
c) Klempner, Rohrleger	31	38	33	32	28
d) andere Metallarbeiter	60	146	190	168	21
e) Schriftsetzer und Buchdrucker	82	66	67	67	66
II. Arbeiter mit Bleimweiß beschäftigt:					
a) Fabrikarbeiter	312	310	360	282	327
b) Maler, Anstreicher, Radierer	247	460	378	399	399
III. Angehörige anderer Berufe und ohne nähere Angabe der Beschäftigung	97	280	255	240	170

Zu den Zahlen für das Jahr 1902 sei noch bemerkt, daß von den 327 an Bleivergiftung behandelten Fabrikarbeitern 243 in Bleimweißbetrieben beschäftigt waren; für 77 ist die Art der Fabrik nicht angegeben; 7 sind in andersartigen Fabriken tätig gewesen. Von den unter III. genannten 170 Angehörigen anderer oder nicht näher bezeichneter Berufe waren 89 nur als Arbeiter oder Tagelöhner bezeichnet; 10 waren Töpfer, je 9 Tischler und Böttcher, bzw. Maurer, ebenfalls 9 in anderen als den genannten Gewerben tätig, in denen Vergiftungen gleich wie in diesen nicht selten beobachtet werden (Glaser, Stukkateure, Gärtner, Stellmacher und dergleichen mehr). Angesehen waren 33 darunter Angehörige verschiedener anderer Berufe; 2 waren Invaliden; für 9 war kein Beruf angegeben. Die Zahl der Verpflanzungsstage der 1235 in den Heilanstalten im Jahre 1902 an Bleivergiftung Behandelten betrug zusammen 28 933, das ist im Durchschnitt auf 1 Behandelten 24,1 Tage. Von den einzelnen Berufsgruppen haben die höchsten Zahlen der Verpflanzungstage aufzuweisen „die anderen Metallarbeiter“, die Klempner, Rohrleger, die Schriftsetzer, die niedrigsten die Hülfenarbeiter. Ohne weiteres wird man daraus natürlich nicht auf ein schwereres oder leichteres Auftreten der Krankheit bei den einzelnen Berufsgruppen schließen können, da ja auch andere Umstände von Einfluß sind. So wird z. B. die Verpflanzungsdauer bei einer Gruppe, die viel Ledige in ihren Reihen zählt, größer sein als bei einer solchen mit einer verhältnismäßig größeren Zahl Verheirateter, die ihre völlige Wiederherstellung in der Hauslichkeit abwarten können.

Soziale Rundschau.

Einfach traurig! Der Vorstand des Väterverbandes begleitet die Abrechnung vom 3. Quartal mit folgenden Bemerkungen: „Der Ausfall im Gau Berlin ist lediglich auf den Rückgang der Mitgliedschaft in Berlin zu schreiben. Es ist unerhört, daß dort von den 4200 Mitgliedern beim Streik über 2000, meistens kaum einen Monat dem Verbands angehört, sofort wieder fahnenflüchtig geworden und wieder der früheren Gleichgültigkeit verfallen sind. Diese Eintagsfliegen waren beim Streik zu allem fähig; wäre das zehnfache Eintrittsgeld von ihnen verlangt worden, sie hätten es bezahlt! Aber so wie sich die Wogen des Kampfes gelegt hatten, versetzten sie wieder in ihre alte Interesslosigkeit, ließen sich in keiner Versammlung sehen, und dieser gleichgültigen Gesellschaft ist es auch zu verdanken, daß bisher die Innungsmacher mit ihrem famosen Boykottabwahrbeschuß immer wieder mit den unantastbarsten Mitteln zu versuchen wagten, uns die Erfolge des Kiefenkampfes in einzelnen Stadtteilen freitragig zu machen! Ehe diese Massen nicht zu denkenden und klassenbewußten Arbeitern erzogen worden sind, werden sie stets ein Hemmschuh in unserer Bewegung sein.“

Berschmelzungen in der deutschen Erdöl-Industrie. Es ist beachtenswert, die Deutsche Erdölwerke Wilhelmshurg a. d. E. mit der Maatschappij tot exploitatie van Oliebronnen im Haag zu verschmelzen. Das erste Unternehmen ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht und arbeitet mit einem Grundkapital von drei Millionen Mark. Die Gesellschaft hat keine eigene Veredelung, sondern sie beschäftigt sich nur mit der Veredelung und dem Vertrieb von Ölen und Fetten. Die holländische Gesellschaft ist mit einem Kapital von 1 Million holländ. Gulden ausgerüstet und besitzt bedeutende Erdölquellen im Biejer Gebiet. Der Verschmelzungsplan geht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge dahin, daß die holländische Gesellschaft für 100 000 Gulden neue Aktien und 600 000 Gulden ihrer 6 Prozent Vorzugsaktien 1,8 Millionen Mark Anteile der Deutschen Erdölwerke übernimmt.

Die Stärkezuckerfabrik Alricu-Gesellschaft vorm. Rothmann in Frankfurt a. d. Oder bringt eine Dividende von 18 Prozent in Vorschlag. Die Gesellschaft bemerkt in ihrem Geschäftsbericht für 1903/04 über den Geschäftsgang im laufenden Geschäftsjahre: „Die begonnene neue Kampagne hat die außergewöhnlich hohen Kartoffelpreise bis zu 2,20 Mk. per Zentner gebracht, doch kann von der vielfach behaupteten Risikolose keine Rede sein. Allerdings ist der Ertrag einzelner östlicher Provinzen Preussens durchschnittlich weit unter mittel, aber gute Ernten in den nördlichen und westlichen Teilen schaffen einigermaßen Ausgleich. Vorläufig zeigt der Konsum infolge der hohen Preise eine scharf ausgeprägte Zurückhaltung. Es ist jedoch zu erwarten, daß in Anlehnung der gebesserten, zum Teil

vorzüglichen Lage der Textilindustrie, sowie der Erhöhung der Rübenzuckerpreise der Bedarf vermehrt hervortreten und der zweifelhafte verringerten Produktion entsprechend die notwendigen Preiskonzessionen wird machen müssen. Abgesehen vom Ergebnis schon geläufiger befriedigender Abschlüsse glauben wir Vertrauen auch zur künftigen Gestaltung des Geschäftes hegen zu dürfen.“

Auch in Frankfurt a. d. Oder hat unsere Organisation noch nicht Eingang gefunden, unsere Kollegen sind da noch ohne jede Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Vom sozialen Kampfplatze.

Der größte Streik in Finnland. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die skandinavische Arbeiterpresse einen Aufruf zur Unterstützung der streikenden Papierfabrik-Arbeiter und Arbeiterinnen in Finnland, der von dem finnischen Landtags-Abgeordneten Nils Robert af Urfin und dem Sekretär der finnischen Arbeiterpartei Joho Auksta Kari unterzeichnet ist. Der Streik in der Papierfabrik von Voikka ist dadurch entstanden, daß ein aus Deutschland gebürtiger Werksführer, Schmitz, sich sittliche Verfehlungen gegen Arbeiterinnen zu Schulden kommen ließ und Arbeiterinnen maßregelte, weil sie sich nicht von ihm mißbrauchen lassen wollten. Die Forderung der Streikenden, Entlassung des Werksführers, ist dadurch hinsichtlich geworden, daß dieser es vorzog, Finnland zu verlassen. Die Fabrikleitung entließ jedoch über 20 Arbeiter, weil sie die Entlassung des Werksführers verlangt hatten, worauf alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niederlegten. Weil die Fabrikleitung sich fortgesetzt weigert, die Entlassenen wieder einzustellen, ist der Streik auch auf die beiden anderen, derselben Aktiengesellschaft gehörenden Fabriken, Nymin und Kuusankoski, ausgedehnt worden.

Die im Lande herrschende Arbeitslosigkeit und der Umstand, daß der Streik nicht genügend vorbereitet war, trugen dazu bei, daß die Unternehmer eine größere Anzahl Streikbrecher heranziehen konnten. Mehrere hundert Arbeiterfamilien sind nun dem Hunger, dem Elend und dazu noch der Kälte preisgegeben, da sie aus den ihnen von der Fabrikleitung gelieferten Wohnungen vertrieben wurden.

Korrespondenzen.

Bergedorf. Nachträge vom Streik der Nagelstube und Maschinensticker. Nicht genug damit, daß ein Teil der Streikenden damit bestraft worden ist, daß er dem Heer der Arbeitslosen eingereiht wurde, sucht man, wenn irgend möglich, diese Opfer des wirtschaftlichen Kampfes auch noch dem Strafrichter zu überantworten. Am Donnerstag hatte sich vor dem Schöffengericht in Reinbeck der Kollege R. wegen Verleumdung der Fabrikarbeiterin Rossmann zu verantworten, die, wie sie auf Befragen des Verteidigers des Angeklagten, Dr. Herz-Altona, erklärte, die Klage auf Veranlassung des Direktors Altrap erhoben habe. Klägerin, welcher es oblag, das Rogis der auf der Fabrik einquartierten Arbeitswilligen in Ordnung zu halten, sagte sich darüber belächelt, daß ihr die Worte: „Präulein, haben Sie nun genug gekriegt“ und „Neh, nun trägt sie ihr Baby nach Hause“ auf dem Heimwege von der Fabrik ausgerufen worden sind. Der Kasser ist nach ihrer Beschuldigung der Angeklagte gemeldet. Kläger bestritt ganz entschieden, derartige Äußerungen getan zu haben, dagegen habe Klägerin, als sie bei ihm vorbeigegangen sei, in nicht mißzuverstehender Weise auf die Verleumdung ihres Mädchens geklopft. Die geladenen Zeugen sagten in bezug auf letzteres im Sinne des Beklagten aus; von den in der Anklage angeführten Äußerungen haben sie jedoch nichts gehört, obgleich sie gemeinsam mit dem Angeklagten Streikposten vor der Fabrik gestanden haben. Der Amtsanwalt glaubt Klägerin glauben beibringen zu können. Mit Rücksicht darauf, daß dieselbe nicht unbescholten ist, sei jedoch von einer Gefängnisstrafe abzusehen und beantrage er, auf eine Geldstrafe von 50 Mk., eventuell 10 Tage Gefängnis, zu erkennen. Rechtsanwalt Dr. Herz fährt an, daß Direktor Altrap diese Angelegenheit zu einer Streikfrage machen wolle; würde dieses nicht der Fall sein, dann wäre nicht ein öffentliches Verfahren wegen dieser Sappatte eingeleitet worden. Er beantrage nicht nur Freisprechung des Angeklagten, sondern Strafantrag gegen Klägerin wegen Verleumdung des Beklagten zu erheben. Das Gericht hat aus den Zeugenaussagen entnommen, daß dieselben sich nicht auf die in der Anklage angeführten Fälle beziehen können. Es sei als erwiesen anzunehmen, daß Beklagte die angeführten Äußerungen gemacht habe. Mit Rücksicht auf den Bestand der Klägerin habe das Gericht von einer Gefängnisstrafe abgesehen und auf eine Geldstrafe von 20 Mk., eventuell 4 Tage Gefängnis, und Tragung der Kosten erkannt.

Düsseldorf. Sonntag, den 8. Januar, vormittags 11 Uhr, sollte im Distrikt Bill eine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Kollege Fittgen aus Köln hatte das A-ferat übernommen. Alles war wohl vorbereitet. Die Versammlung war auf den in Frage kommenden Fabriken gut bekannt gemacht, sodaß wir die begründete Hoffnung haben konnten, eine gut besuchte Versammlung zu erhalten. Es sollte aber anders kommen. Der Wirt wurde in letzter Stunde von dem Brauereibesitzer Herrn Gernies aus dem Lokal gejagt, und als die Versammlungsbesucher erschienen, wurde das Lokal verweigert. Der neue Wirt, der uns das Lokal verweigerte, konnte natürlich auch nicht darauf rechnen, daß man sich sein Bier schmecken ließ. Auch in Zukunft hat er auf Zutritt aus Kollegenkreisen nicht zu rechnen. Die Versammlungsbesucher folgten nun zum guten Teil der Einladung, mit nach Düsseldorf ins Gewerkschaftshaus zu kommen, wo die regelmäßige Mitgliederversammlung abgehalten wurde. Nach einem Protest Fittgens über die Agitation und nach kurzer Debatte wurde der Kollege Mühlmann als Kandidat zu den Gewerbegerichtswahlen aufgestellt.

Köln-Chrenfeld. Große Mißstände sind in der Lackfabrik von Herrwig in Haarhaus vorzuziehen. Das scheint dem Herrn Herrwig auch nicht unbekannt zu sein, denn als zu einer Besprechung Einladungsjettel verteilt wurden, glaubte er schon, die Arbeiter wollten streiken. Diese Annahme konnte doch nur aus dem Bewußtsein sich ergeben, daß die Arbeiter hinreichend Grund zu großer Unzufriedenheit haben. In der fraglichen Besprechung erschienen denn auch die Arbeiter, die Beamten aus die Herren Herrwig. Der Kollege Fittgen unterzog die Mißstände einer scharfen Kritik, worauf sich Herr Herrwig zum Wort meldete. Er gab zu, daß die Mißstände tatsächlich vorhanden seien, jedoch nicht in der Form, wie sie vom Vorredner geschildert worden. Auch versprach Herr Herrwig, streng darauf zu achten, daß die Beseitigung der Mißstände so schnell wie

möglich erfolge. Der Vorschlag, einen Arbeiterausschuß zu wählen, wurde von Herrn Herrwig ebenfalls gutgeheißen. Die Wohl soll noch im Laufe der Woche vorgenommen werden. Seine Frage, wie Herr Herrwig sich der Organisation gegenüber verhalte, beantwortete er dahin, die Arbeiter möchten sich in viel Manneszahl beisetzen, um darüber zu urteilen, ob sie sich organisieren müssen oder nicht. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation werde bei ihm keine Entlassung; es gelte ihm hauptsächlich darum, einen guten Stamm von Arbeitern zu haben. Im Gegensatz zu der Ansicht des Herrn Herrwig konnte ein Arbeiter, der in dem Betriebe beschäftigt ist, garnicht begreifen, daß die Arbeiter einen besseren Speiseraum zu verlangen hätten, als die jetzt als Speiseraum benutzte Schreinerzelle. Er meinte, er selbst sei organisiert, aber durch die Beschneidung sollte er brotlos gemacht werden. Ein anderer Mann für die Schreiner sei nicht da, folglich müsse er durch das Verlangen der Arbeiter, die Schreinerzelle aus dem Speiseraum zu verlegen, die Arbeit quittieren. Später gab er jedoch zu, daß durch eine Absperrung zwei Räume hergesteilt werden können. Ebenso äußerte dieser „organisierte Arbeiter“ sich im Gegenwärtigen hinsichtlich der Beamten über das Ueberstandensystem wie folgt: Die Ueberstunden werden mir bezahlt, und jedenfalls ist es bei den anderen auch so. Außerdem arbeite ich nicht, wenn ich eine Ueberstunde mache, sondern gehe in irgend ein Geschäft und laufe das Material, das ich zum Ausführen der Arbeit nötig habe. Dies ist in einer Brieftasche erledigt, und wir wird dafür eine volle Stunde vergütet. Aus Anlaß dieser wunderbaren Ausführungen wurde dem Manne die Frage vorgelegt, welcher Organisation er denn eigentlich angehöre, worauf die Antwort erfolgte: Dem christlichen Holzarbeiter-Verband! Als ihm dann die Frage vorgelegt wurde, zu welchem Zwecke er sich denn organisiert habe, erklärte er kurz und bündig: Nicht um meine Lage zu verbessern, sondern um die christliche Bewegung fördern zu helfen. Ich bin katholisch, und als Katholik will ich meine Religion nicht preisgeben. Der Mann bekannte ferner frei und offen, daß die christliche Holzarbeiter-Organisation gelegentlich des Streiks Verrat an dem ... der hiesigen Waggonfabrik geküßt habe.

München. Eine glänzende Besuche Versammlung tagte Sonntag, den 8. Januar, im Restaurant „Peterskeller“. Der Geschäftsführer Kollege Hämmerl erkrankte den sehr umfangreichen Jahresbericht. Folgende Mitteilungen seien daraus hervorgehoben und mögen ein Bild geben von der rastlosen Agitationsarbeit, die zur Aufklärung und Regenerierung von Mitgliedern notwendig war. So wurden z. B. nicht weniger als 265 Versammlungen und Besprechungen abgehalten und weit über 50 000 Handzettel und Flugblätter verteilt. Sitzungen des Bevollmächtigten und solche des Geschäftsführers mit anderen Organisationen waren 22 notwendig. Ebenso reich wie an Organisationsarbeit war das abgelaufene Jahr auch an Sozialbewegungen und Kämpfen mit dem Unternehmerium. Mehr als hundertmal mußte der Geschäftsführer bei den verschiedenen Unternehmern vorstellig werden, so z. B. während der Bauarbeiterbewegung an manchem Tage drei bis viermal; galt es doch, unsere an Bauten beschäftigten Kollegen, die im Bereich mit den Bauern auf ca. 40 Bauten die Arbeit niedergelegt hatten, wirksam zu vertreten, und zugleich die Ausperrungsgelüste der Bauherren zu vereiteln. Eine durchschnittliche Lohnhöhe von 5 Pf. pro Stunde war das Ergebnis dieser Bewegung. Eine weitere Bewegung hatten wir mit den Metallarbeitern bei der Maschinenfabrik von Wölfl, auch hier drohte der Unternehmerverband mit der Gesamtperrung in der Münchener Metallindustrie. Ein vor dem Gewerbegericht abgeschlossener Vertrag, der von beiden Parteien im Grunde genommen nur als Waffenstillstand betrachtet wird, brachte unseren beteiligten Kollegen eine Erhöhung der Stundenlöhne um 8 bis 4 Pf. Selbständig führten wir eine Anzahl Bewegungen durch, so den Streik in der Kunststoffsabrik, der den Kollegen nach einjähriger Dauer eine Erhöhung des Stundenlohnes eintrug. Bei der Teers und Dachpappenfabrik Walsow erzielten die Kollegen nach zwölfstündigem Streik einen Mindestlohn von 30 Pf. mit gleichzeitiger Verbesserung von 3 Pf. pro Stundenlohn nebst Verkürzung der Arbeitszeit. Bei der Bach- und Schließgesellschaft wurden ebenfalls Forderungen eingereicht, doch konnte hier vorläufig nichts erreicht werden. Mehr hübsche Erfolge hatten unsere Kollegen bei der Straßenreinigungsanstalt, hier wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen einen jährlichen Mehrerwerb von 75 bis 150 Mk. nebst verkürzter Arbeitszeit brachte. In diesem Betriebe wurde auch die Entlassung von zwei Kontrolloren durchgesetzt, die die Arbeiter infolge ihrer Verbandszugehörigkeit schikanieren. Die Firma Seidl u. Mayer suchte durch Entlassung eines Kollegen die Arbeiter einzuschüchtern. Die Erhöhung des Stundenlohnes um zwei bis drei Pfennig, die Entlassung des Werksmeisters und Wiedereinstellung des betreffenden Kollegen konnte durch Eingreifen der Organisation erreicht werden. Auch in der Metzgerischen Fabrik streikten einige Kollegen und legten ihre Forderungen durch. Während gedachte Kollege Hämmerl auch der eifrigen Mitarbeit aus dem Opferthum unserer organisierten Kolleginnen, denen es mit zu danken sei, daß unsere Zahlstelle heute bereits über 2000 prompt zahlende Mitglieder aufweise, also eine Verdoppelung gegen das Jahr 1903. Und dies, trotzdem nach der Bauarbeiterbewegung weit über 1000 Kollegen in den Verband der Bauarbeiter übertraten (insolge der Beschlüsse unseres Verbandes). Der hierauf von der Kollegin Hämmerl gegebene Ruffenbericht lautete durchaus günstig, ein Antrag, Decharge zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Darin wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen. Verschiedene Anträge, betr. inneren Ausbau der Organisation wurden einstimmig angenommen. Eine recht lebhaft debattierte entschiedelte sich bei dem Punkt „Verhaltens“. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß unsere erste Aufgabe darin bestehe, durch gegenseitige Unterstützung in der Agitation, durch weiteren Ausbau des Vertrauensmännersystems, durch sehr eifrige Mitarbeit das Alte erhalten und neuer Boden gewonnen werden möchte. Mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder, auch im kommenden Jahre ihre Pflicht zu tun, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband endete die gut verlaufene Versammlung.

Planen. In der Papierfabrik Planen, in Firma Augusti Geipel, herrschen Verhältnisse, die von einer nicht geringen Anzahl Arbeiter nicht mit Freude empfunden werden. Da ist zum Beispiel in erster Linie die Arbeitszeit, die jedem Arbeiter, der seine Gesundheit und Arbeitskraft nicht mit Absicht verwirren will, als viel zu lang erscheinen muß. Allerdings gibt es auch einige Arbeiter, die sich anstrengen nach einer 36-stündigen Schicht drängen, aber solche Kollegen handeln aus Unwissenheit, sie haben gewiß noch nicht darüber nachgedacht, daß sie eigentlich als Selbstmörder anzusehen sind; untergraben sie doch dadurch ihre Gesundheit und bringen ihr Leben in Gefahr. Die holländischen Arbeiter haben eine 36-stündige Schicht an jedem dritten Sonntag zu schaffen. Sie müssen dann von früh 7 Uhr bis zum andern Tag 6 Uhr stehen und schaffen. Ihre tägliche Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. Die Nachschicht ist 12 Stunden lang, und für diese unmenntlich lange Arbeitszeit legt es dann eine Vergütung von 16 Mk. pro Woche. Dabei sind die Werten hoch, und die Preise der Lebensmittel auch. Das sind nun die höchsten Löhne; es werden aber noch bedeutend niedrigere bezahlt. Zum Beispiel erhalten 5-6 in der Oaderschneideri beschäftigte Arbeiter bei 12-stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 12-14 Mk. Dieser Raum ist oft so mit Staub angefüllt, daß man eine Person auf 10 Schritt Entfernung nicht sehen kann. Kommen die Arbeiter zu spät, dann dürfen sie nicht, halbe, ja sogar ganze Schichten nicht arbeiten. Zum Ueberfließen sind sie allerdings gut genug. Es wäre an der Zeit, wenn die Leitung den Betrieb, soweit Arbeitsverhältnisse

in Betracht kommen, einmal einer Reform unterliegen sollte. Wenn diese Reform bei Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne einsetzt, dann würde die Fabrikleitung auf Anerkennung bei den Arbeitern rechnen. Wir werden sehen, ob sie derartige unternimmt.

Bommerensdorf. Sonntag, den 1. Januar, hielten wir eine Versammlung ab. Kollege Biesenhütter sprach über das Thema: „Die Arbeiter im Klassenkampf“. Dann wurde die Abrechnung vorgelegt und bestätigt. Die Zustände auf der chemischen Produktionsfabrik wurden einer Besprechung unterzogen. Die Säurestrecken sind so mit Dreck und Schmutz bedeckt, daß derjenige, der nicht gezwungen ist, den Weg zu benutzen, diesen unbenutzt läßt. Diese Strecken sind doch zur Förderung von Produkten erforderlich, wie leicht können dann die Arbeiter, die die Förderung zu bewerkstelligen haben, durch Ausgleiten zu Unfall kommen. Es ist unbedingt erforderlich, daß da Wandel geschaffen wird. Auch die Lohnauszahlung erfordert eine Regelung, damit es nicht vorkommt, daß einige Kolonnen am Ende um 8 Uhr noch kein Geld haben. Andere Kolonnen sind mit größeren Sacken beglückt worden, wegen der Arbeiter aber Einspruch erhoben. Nach unserer Meinung sehr begründeter Einspruch, denn die Arbeit ist nun zu schwer. Welche Antwort hatte der Aufseher Kartmann auf die Beschwerde? Sie lautet: Na, dann hungert euch nicht! Der Herr hat also die Anschauung, daß man bei seiner Arbeit hungern muß. Sonst sind noch mancherlei Mängel auf dem Betriebe, welche dem Herrn Gewerhinspektor zum eifrigen Studium empfohlen seien.

Hageburg. Kürzlich tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Fabrik- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Der Kollege Radde aus Lübeck sprach über das Thema: „Die Notwendigkeit der Organisation“. Ausgehend von dem Zeitpunkte, da die Gewerkschaften noch lokalorganisiert waren, wies er darauf hin, wie sie durch die Ausbreitung des Kapitals und die Zusammenschließung des Arbeitgebetums mehr und mehr gedrängt wurden, sich zu zentralisieren. Radde zeigte an Beispielen und Tatsachen, mit welchen Mitteln das Arbeitgebertum gegen die bestehenden Arbeiter-Organisationen zu Felde zieht und daß ihm dabei kein Mittel zu schuldig sei. Ohne Organisation seien die Arbeiter stets die Schwächeren. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen ausführlichen Vortrag.

Stettin. Unter einem eigenartigen Uebel haben die auf der Stettiner Kergenzand Seifenfabrik beschäftigten Arbeiterinnen zu leiden. Sie müssen sich einer Disziplin aussetzen, wenn sie mittags und abends die Fabrik verlassen, dazu an einem Orte, welcher von der Straße aus übersehen werden kann, und sich dort in Reich und Glied aufstellen, bis die im Portiershaus stehenden Wächter abgetreten sind und weiterer Zugang möglich ist. Die Arbeiterinnen sind dabei zweierlei Uebeln ausgesetzt: Dem Hohn und Spott unvernünftiger Straßenpassanten und den Unbilden der Witterung. Man denke an die Stürme, die Schnee- und Regenschauer, wie wir sie in den letzten Wochen hatten, weiter vergegenwärtigt man sich, daß derselben Personen ausgesetzt sind, die aus Kammern mit überhitzter Temperatur kommen, und man wird einsehen, daß dabei Krankheiten entstehen müssen. Die Direktion müßte, wenn sie an die Gesundheit derer dachte, welche für sie arbeiten, an die Befestigung eines solchen Uebelstandes unverzüglich herantreten. Ein geschlossener Raum muß unbedingt errichtet werden, wenn die Direktion schon nicht auf die Disziplin verzichten will. Ein Raum ist auch da. Der Uebelstand kann also ohne Belästigung des Grund- und Gebäudebesitzers zur Beseitigung gegeben werden. Öffentlich geschieht es. Die Löhne in dieser Fabrik betragen bei 11stündiger Arbeitszeit für Männer 15 Mk., für Frauen und Mädchen 7,5 und 9 Mk. die Woche. Doch bekommen die Männer und Frauen 5% auf ihren Lohn am Jahresabschluss ausbezahlt. Aber auf diese 5% würden die Männer und Frauen schon verzichten, wenn nur die Direktion so freundlich sein würde, den Lohn anzubessern und die übliche 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Von Seiten der Organisation wird man der Betriebsleitung Gelegenheit zur Beseitigung ihrer Arbeiterfreundlichkeit geben.

Stuttgart. Die Zuckerfabrik Stuttgart, deren 35. ordentliche Generalversammlung am 30. Dezember im Sitzungssaal der Bücherei, Vereinsbank in Stuttgart abgehalten wurde, erzielte im Geschäftsjahre 1903/1904 einen Bruttogewinn von 172.000,75 Mk. Nach Vornahme der Abschreibungen in Höhe von 23.091,91 Mk., Dotierung des Reservefonds II mit 7455,44 Mk. und nach Abzug der statuten- und vertragsmäßigen Anteilen, sowie der den Angestellten des Geschäftes bewilligten Gratifikationen und einer entsprechenden Zuweisung an die Arbeiter-Pensions- und Unterstützungskasse verbleiben noch 118.189,60 Mk., wozu noch der Gewinn-Vortrag aus 1902/1903 mit 185.036,07 Mk. hinzukommt. Der Antrag des Aufsichtsrates, den Prioritätsaktien 1. und 2. Emission Lit. A und B eine Dividende von 9% und den Stammaktien eine solche von 8% zu gewähren, sobald den noch verbleibenden Rest von 185.036,07 Mk. tantiemenfrei auf neue Rechnung vorzutragen, wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen. — Warum auch nicht, 8 und 9% sind gerade nicht alle Welt, lassen sich aber immer mitnehmen.

Beltin i. M. Am 20. Dezember tagte im Robert Schilling Lokal unsere Mitglieder-Versammlung, in welcher der Kollege Klein über Einführung eines Extra-Beitrages von 5 Pf. pro Woche zur Unterhaltung der Arbeiterlosen referierte. Es wurde folgender Antrag angenommen: Jedes Mitglied hat vom 1. Januar 1905 ab 5 Pf. Extra-Beitrag pro Woche zu leisten. Dieser Extra-Beitrag soll nur zur Unterstützung arbeitsloser und kranker Kollegen verwendet werden. Unter Berücksichtigung der diesjährigen Winter in Beltin und Merxur in Schlesien einer herben Kritik unterzogen. In der ersten werden vom Meister den Kollegen die gemachten Ueberstunden nicht bezahlt mit der Motivierung, es sei jetzt Winter und das Geschäft gehe schlecht, da könne jeder noch zufrieden sein, wenn er nur Arbeit habe! Beide Fälle werden der Lohnkommission zur Regelung übertragen. Kollege Klein gibt noch bekannt, daß in Lösung der Kollege Böhler, Kenner als Hilfsarbeiter angestellt ist, und sämtliche Hötzner Kollegen ihre Beiträge an diesen zu zahlen haben. Zu bemerken sei noch, daß in der vorigen Versammlung die Kollegen Paul Pohle und Fr. Wenzel aus dem Verband ausgeschlossen sind.

Borna. Am 30. November des verfloßenen Jahres wurde von der Bundesrats-Kommission eine Revision der Borna vorgenommen, die folgendes traurige Resultat ergab. Borna I. wurden bei 8 Unternehmern 18 Bantzen, darunter 2 Bantzen, 2 Härdche, die übrigen Privatbantzen. In 2 Bantzen war vorchriftsmäßig abgedeckt, 3 Bantzen waren mangelhaft, teilweise gar nicht abgedeckt, 4 Bantzen waren noch am Keller. In 5 Bantzen befanden sich Bantzen. Eine war gut, die übrigen schlecht, nicht vorchriftsmäßig. In 13 Bantzen befanden sich Bantzen im Keller, sämtlich mit Zementfußböden. Die Bantzen waren zu klein, jedoch mehrere Arbeiter ihre Spitzen nicht warmen konnten. 16 Bantzen waren mit unvorchriftsmäßigen Abotten versehen. In 2 Bantzen wurde ein Bantzen gemauert, bezogen, trotzdem 60 Arbeiter beschäftigt sind. Bei einem Bau fehlte der Abort gänzlich. Auf 3 Bantzen fehlten Unfalls-Regenwasserleitungen. In allen übrigen waren dergleichen Mängel und mehr oder weniger. Bantzenarbeiten, welche der Schrift nicht genügen, waren 3 vorhanden. Alle Bantzen schlecht und mangelhaft. Soweit auf einer Bantze lag Bantze ohne Reparatur im Regellager. Karthofelarbeiten ohne Aufsicht. In verschiedenen Bantzenarbeiten befand sich der mangelhafte Inhalt in einer Bantzenarbeit. In einem Bantzen war überhaupt nichts von Bantzen vorzufinden. Es wurden verschiedene Bantzen mit angelegten Sprühen vorgenommen. Sprüher für Zimmer, Dachdecker und Spengler

waren in den meisten Fällen nicht vorhanden, die wenigen, welche vorhanden waren, sind unvorchriftsmäßig. Folgende vorchriften fehlten fast an allen Bantzen, nur 3 waren vorhanden.

Arbeiter-Bildungsschule Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 15.

Schulplan für das 1. Quartal 1905:

Montag: National-Oekonomie (Theoretische National-Oekonomie, 2. Teil). 1. Wiederholung der Grundbegriffe. — 2. Kapital, Mehrwert, Arbeitslohn. — 3. Die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung.

Vortragender: Schriftsteller Max Grunwald.
Dienstag: Geschichte (Die Geschichte der Neuzeit bis zur französischen Revolution). Der Umschwung im Völkerverkehr durch die großen Entdeckungen und Erfindungen: Buchdruckerkunst, Entdeckung Amerikas und des ostindischen Seeweges; die neue Naturwissenschaft. — Die Folgen der Kirchenspaltung und Reformation. — Die europäischen Wirren während des dreißigjährigen Krieges. — Die Zeit der Aufklärung und die Vorbereitung der französischen Revolution.

Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.
Mittwoch: Natur-Erkennnis (Entwicklungs-geschichte der Bewesen). Das organische Leben. — Der Ursprung des Lebens auf der Erde. — Die Grundtatsachen der Entwicklung der organischen Welt. — Die ältesten Spuren organischen Lebens auf der Erde. — Das erste Auftreten der Wirbeltiere auf der Erde. — Im Farnwald der Steinkohlenzeit. — Das erste Auftreten der Säugetiere auf der Erde. — Das Zeitalter der Eismassen. — Die Kreidezeit. — Die Tertiärzeit. — Die Eiszeit. — Die ersten Menschen.

Vortragender: Schriftsteller M. S. Waage.
Donnerstag: Gesetzes-Kunde (Die Verfassung des Deutschen Reichs). Wesen und Entwicklung des Staates: Die Staatsformen. Staat und Recht. Das Staatsrecht. — Die Entwicklung von Recht und Staat in Deutschland: Das alte Reich und seine Auflösung. Einheits- und Verfassungskämpfe. Die Reichsverfassung von 1849. Die Entstehung des Deutschen Reichs. — Grundlagen der Reichsverfassung, das Wesen des Bundesstaats: Der Souverän des Reichs. Bundesrat und Kaiser. — Die Staatsbürgerrechte: Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Wahlrecht u. — Der Reichstag: Die Reichsgesetzgebung. — Die innere Verwaltung des Reichs: Reichskanzler, Reichsämter. — Meer und Flotte: Die Militär-gesetzgebung. — Die Reichsfinanzen: Steuer und Zoll-gesetz. — Die Reichsbetriebe: Reichspost usw. — Das Reichsland (Elsass-Lothringen). — Die völkerrechtliche Stellung des Reichs, die Schutzgebiete. — Die Entwicklung der Reichsgesetzgebung. — Das Reich und die nationalen Ideen. — Das Reich und die Sozialpolitik. — Die Sozialdemokratie und das Reich.

Vortragender: Schriftsteller Simon Rassenstein.
Freitag: Rede-Uebung (Uebungen in mündlicher Rede und in schriftlicher Aufsatz).

Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.
Sonntag: Fortschrittskursus in National-Oekonomie (Die neuen Handelsverträge).

Vortragender: Schriftsteller Max Grunwald.
Der Unterricht beginnt in National-Oekonomie: Montag, den 16. Januar; Geschichte: Dienstag, den 24. Januar; Natur-Erkennnis: Mittwoch, den 18. Januar; Gesetzes-Kunde: Donnerstag, den 19. Januar; Rede-Uebung: Freitag, den 20. Januar; Fortschrittskursus: Sonntag, den 22. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.

Die Sonntagskurse beginnen pünktlich vormittags um 10 Uhr. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kurses steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kurses im Schullokal Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links, 2. Et., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Demmerstr. 32; Krause, Mühlstr. 7a; Dorisch, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Samms, Berlin SW. 43, Hornstraße 20, Duerweg II, Gabelnstraße an den Kassierer Q. Königs, Berlin S. 59, Spandauerstr. 56, zu senden. Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Tretet der Arbeiter-Bildungsschule bei!

Zur Beachtung!

In Nummer 23 erließen wir folgende Warnung:

Achtung.
Franz Xaver Albus, geboren am 20. Februar 1872 zu Biringe (Bairisch-Weißbühlau), aufgenommen am 27. Juli 1904 in Kupperberg, Buch-Str. S. II. 4677, legitimierte sich durch sein Buch und durch einen Schein, der wie folgt lautet: „Der Arbeiter Franz Albus ist heute von hier wegen Streit abgereist. Beverlüssen, den 4. Aug. 04. Ferd. Hoff.“
Durch schwindelhafte Angaben verschaffte sich der Genannte in Berlin recht hohe Kasse, auch ein Darlehen, nahm die nachgewiesene Arbeit nicht an, veräußerte, dem Unternehmer von dem Darlehen das Kasseheft lassend. Berührt er anderwärts gleiche Anstalten, dann lasse man ihn gebührend ablaufen.
E. BRUNS, Berlin.

Sie ist nicht beachtet worden. Mit einem Schein, dessen Wortlaut vorstehend wiedergegeben, einem Brief des Berliner Bevollmächtigten und einem Schreiben des Parteivorstandes brandschagt Albus die Zahlstellen und Parteikreise ruhig weiter. Kühnte er sich doch in Bielefeld, daß er in jeder Zahlstelle 2-3 Mk. erhielt, und in Hamburg hat man ihm neue Hosen und Stiefel gekauft. Die Kollegen sollten es doch unterlassen, Lenten, die noch nicht einmal ein Buch vorzeigen können, Unterstützung zu gewähren.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 4. Januar folgende Beträge ein:
Schlesien 610,71. Büten 156,93. Ablershof 150. —. Gildesheim 100. —. Brintum 226,40. Langenau 60,46. Altenberg 452,51. Riebelshagen 339,93. Girschberg, Gutsbesitzers-Bestand zurückbezahlt 23,26. Magdeburg 864,38. Radebeim 114,66. Landsberg a. d. Elbe. 63,51. Geidenheim 133,25. Stabel 122,97. Köpenick 45,45. Mühlheim a. M. 217,70. Leipzig O. 686,08. Bommerensdorf 330,85. Schiffbet 512,32. Wäffel 61,20. Glasbora 256,02. Kaiserlautern 177,44. Albersweiler 120,28. Gienberg, S.-A. 180,55. Kofeln 123,49. Radebeim 248,30. Färth 175,01. Dagersheim 138,22. Elmshorn 20,30. Solenzberg 55,50. Biberach a. Rh. 84,46. Barel i. D. 25,30. Neustadt a. d. Harz 1,50. Hannover I 250. —. Spandau 200. —. Johanniethal 162,22. Reinsig 184,63. Charlottenburg 318,22. Jena 350. —. Rehin 249,71. Bielefeld 200,17. Bernburg 425,80. Gernroden 62,90. Weichau 6,30. München 1860,08. Mügeln 471,68. Stettin 248,13. Augsburg 220,55. Worms 187,55. Worms 6. —. Königshütte 161,75. Selmsdorf 146,10. Stuttgart 138,49. Schwabach 109,02. Schwaan 73,92. Langensalza 49,84. Erbenheim 41,33. Geilberg 21. —. Gießhain 590,21. Jöhne 491,12. Remmshausen 348,45. Speyer 294,33. Breckenheim 254,11. Sonderburg 181,08. Gredenheim 180,33. Rendsburg 126,43. Scharmbeck 72,24. Ueberfeld 30,20. Gattlingen 27,70. Regensdorf 23,35. Gattenstedt 18,90. Debitfeld 14,99. Spremlingen 14,93. Schwobitz 2,50. Gethra 88,28. Rühndorf 23,10. Wittenberg, Weg. Halle 142,79. Witzen 147,19. Offenbach 289,62. Schweinfurt 181,39. Gennigsdorf 145,10. Schöningen 111,84. Rauf 83. —. Borsdorf 78,86. Gannow-Wunden 65,95. Gahlig (Wahl) 63. —. Schöningen 59,14. Marstade 52,79. Eberswalde 31,91. Neu-Jenung 158,12. Greifswald 76,96. Urnsdorf 15,69. Harburg (Gautassenbestand zurückbezahlt) 117,91. Lauenburg (Gibe) 110,73. Bruchhausen 27,30. Mühlenbeck 97,50. Söhnewald 47,18. Korfors 20,52. Rassel 145,24. Wilschelsburg 563,13. Georgswerder 190,17. Biebrich 180,18. Röttig 178,90. Schmiedeburg (Reg. Dresden) 86,50. Riebeck 88,52. Coswig (Anhalt) 260,51. Pöbejuch 157,34. Mühlheim a. Rh. 373,80. Grevesmühlen 118,10. Weihen 632,17. Rühlow 250,62. Rönneburg a. B. 121,70. Alten 123,32. Gitterwerba 22 1/2. Rönneburg 55,61. Marne 93. —. Brunsbüttel 64,38. Jena 80. —. Erlangen 38,36. Osterwied 82,82. Melbör 15,86. Gammeln i. B. 20,86. Buttstädt 13,68. Pannsdorf 59,60. Göttingen 159,71. Regel 593,20. Oberberg 229,71. Groß-Otterleben 144,17. Wunfiedel 150,13. Gaderleben 227,45. Schönebeck 375,16. Striegau 168,93. Galle (Süd) 300. —. Reinfeld 147,91. Stodelsdorf 148,31. Olenstedt 114,20.
Schluß: Dienstag, den 17. Januar, mittags 12 Uhr.

Die Zahlstelle Beltin erhebt unter Zustimmung des Vorstandes einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied.
Einen Monatsbeitrag von 10 Pf. erhebt die Zahlstelle Fürstenberg.
Unter Zustimmung des Vorstandes wird von den männlichen Einzelmitgliedern in Dresden vom 1. Januar ab pro Woche ein Extrabeitrag von 5 Pf. erhoben.

Verloren und für ungültig erklärte Bücher.

Buch-Nr. 80900, ausgestellt am 5. März 1900 auf den Namen Karl Lieble, geboren am 23. Dezember 1872 zu Gölitz, Kr. Pr.-Stargard, wird vorgezeigt werden. Da der Vorgezeigte nicht Eigentümer des Buches ist, so ist dasselbe abzunehmen.

Buch-Nr. 2999, ausgestellt in Alten am 1. Januar 1905 auf den Namen Gustav Gendel.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau II (Sitz Dresden). Kassierer Andreas Sodan, Luisenstraße 89, Seitenberg 1. Et.
Augsburg. O. Pirner, Köhlerbad, H. 342, 1. Et. — Die Auszahlung von Reiseunterstützung im Gasthause „Zum Schwan“, Oberer Graben.
Bruchhausen. Karl Hartwig, Alsum b. Auhrort, Gölitzstraße 8.
Delmenhorst. Bernard Henke, Bremerstraße 30.
Hannover. Franz Gonschior, Werderstraße 13, 4. Et.
Helmstedt. Rudolf Sievers, Rosenwinkel 3.
Rehin. Aug. Wegener, Königsstraße.
Kolberg. Hermann Treichel, Schmiebeckstraße 20, 1. Et.
Köpenick. Wilhelm Gluber, Dorothienstraße 17.
Mühlendorf. Wilhelm Schulz.
Pflaun. Otto Adler, Pflaun-Gassebrunn, Langestraße 56, 2. Et.
Stettin. Gust. Klinger, Turnerstraße 81.

Inferrate.

Zahlstelle Brinkum.
Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 5 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn B i e n h o l z. Tagesordnung: 1. Lokalfrage. 2. Berichtedenes. — Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist notwendig. [0,90 Mk.]

Zahlstelle Hamburg.

Montag, den 23. Januar d. J., abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Dorn, Große Bleichen. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Berichtedenes über das Regulativ der Zahlstelle Hamburg 3. P. - Bericht. 4. Janere Verbandsangelegenheiten. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Rötzig-Coswig und Umgebung.

Mittwoch, den 25. Januar d. J., abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Restaurant „American“-Rötzig. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vertrauensmannes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Gewerkschaftliches. — Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Der Vertrauensmann. 1,50 Mk.]

Zahlstelle Oberschöneweide.

Am Sonntag, den 29. Januar d. J., nachmittags 3 Uhr, tagt bei Kaufhold, Wilhelmshofstraße 18, unsere Hauptversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Bevollmächtigten. 2. Diskussion. 3. Vorschläge der Bevollmächtigten. 4. Verbandsangelegenheiten und Berichtedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehen dem Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen entgegen. 1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Salder.

Ich erlaube die Kollegen, Sonntag, 22. Januar d. J. nachmittags 1/3 Uhr, bei mir in meiner Wohnung zu erscheinen. 1. Abrechnung. 2. Wahl der Hilfskassierer für Gehaltsfragen und Böhrenberg. 3. Vorschläge der Bevollmächtigten. 4. Berichtedenes. Das Erscheinen der Kollegen ist sehr notwendig. Der Vertrauensmann: Ph. Müller, Salder. 1,50 Mk.]

Zahlstelle Beltin i. M.

Die Zahlung der Beiträge für Martwig findet von jetzt ab nicht mehr beim Hilfskassierer in der Wohnung, sondern jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats im Lokale des Herrn Julius B e s c h e l von 3 bis 5 Uhr nachmittags statt. Die Bevollmächtigten.